



Flüchtlinge aus der Ukraine vor der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Sigmaringen.

Foto: Felix Kästle/dpa

Die Hilfsbereitschaft ist weiterhin groß

BaWü-Check Die Mehrheit der Baden-Württemberger sieht die Aufnahme weiterer Ukraine-Flüchtlinge positiv, einige Rahmenbedingungen aber kritisch. *Von Roland Muschel*

Mit dem Flüchtlingsgipfel in der vergangenen Woche hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) zwei Ziele verfolgt: Er wollte ein positives Signal senden, dass Land, Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft die Herausforderung meistern können. Und er wollte für mögliche Härten sensibilisieren, dass es etwa notwendig werden könnte, viele Turnhallen in Notunterkünften umzuwidmen. Schließlich hat das Land in diesem Jahr bereits mehr als 142 000 Schutzsuchende aus der Ukraine und mehr als 25 000 Asylsuchende aus aller Welt aufgenommen – und damit deutlich mehr Menschen als 2015, dem Jahr der sogenannten Flüchtlingskrise.



Die Bevölkerung unterstützt in großer Zahl grundsätzlich die weitere Aufnahme von Schutzsuchenden aus der Ukraine. Anders als die Kommunalverbände macht sie sich bislang auch nicht so große Sorgen um die Aufnahmekapazität. Das geht aus der neuesten Ausgabe des BaWü-Checks hervor, einer gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen. Danach sieht die Hälfte der Bevölkerung noch Spielraum bei den Aufnahmekapazitäten, die meisten davon indes nur einen begrenzten. Gut jeder Vierte hat den Eindruck, dass die Unterbringungsmöglichkeiten erschöpft sind. Viele trauen sich kein Urteil zu.

Die Bereitschaft zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge aus der Ukraine bekunden 73 Prozent, der größere Teil davon aber nicht unbegrenzt. Jeder Dritte wäre grundsätzlich auch bereit, Flüchtlinge bei sich zu Hause aufzunehmen, wenn es die eigene Wohnsituation hergeben würde. Die Eigenauskunft korrespondiert dabei mit den Erfahrungen der Kommunen, wonach bislang viele Ukrainerinnen und Ukrainer privat untergekommen sind.

Eine knappe Mehrheit der Baden-Württemberger hätte auch kein Problem damit, wenn in der Nähe der eigenen Wohnung eine Notunterkunft errichtet würde, ein gutes Viertel würde sich daran stören. Die Grundhaltung zur Umwidmung von Turnhallen für

Fast 50 Prozent nehmen an, dass die meisten Ukraine-Flüchtlinge in ihr Land zurückkehren.

Institut für Demoskopie Allensbach im Bericht zum BaWü-Check

Die Umfrage der Tageszeitungen

Wie zufrieden sind die Menschen in Baden-Württemberg mit der Arbeit der Landesregierung? Werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt, wo wird nur geredet, wo wird tatsächlich gehandelt?

Das wollen die Tageszeitungen in Baden-Württemberg in ihrer gemeinsamen Umfrage, dem BaWü-Check, ge-

nauer wissen und arbeiten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammen. Das IfD befragt viermal im Jahr im Auftrag der Tageszeitungen 1000 Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Das IfD gehört zu den namhaftesten Umfrageinstituten Deutschlands. Auf den Rat der IfD-Chefin Renate Kö-

cher greifen Vorstandsvorsitzende, Regierungschefs und Verbände zurück.

Die gedruckten Tageszeitungen in Baden-Württemberg erreichen jeden Tag mehr als fünf Millionen Menschen, hinzu kommen die Leserinnen und Leser auf den reichweitenstarken Online-Portalen der Tageszeitungen.

Schutzsuchende ist tendenziell ebenfalls positiv: 44 Prozent finden das in Ordnung, 38 Prozent nicht. Die Integrationschancen für Schutzsuchende aus der Ukraine sehen 54 Prozent positiv, 34 Prozent skeptisch.

Knapp die Hälfte der Bevölkerung geht davon aus, dass die meisten Ukraine-Flüchtlinge nach Ende des Krieges in ihre Heimat zurückkehren, ein gutes Drittel glaubt das nicht. Diejenigen, die von einem langfristigen Aufenthalt in Deutschland ausgehen, sind generell skeptischer – egal, ob bei der Einschätzung der Aufnahmekapazitäten oder der Integrationschancen.

Kritik an fehlender Kontrolle

Verbreitetes Unbehagen lösen einige Punkte aus. So glauben 48 Prozent, dass die Aufnahme der vielen ukrainischen Kinder und Jugendlichen die Schulen überfordert. Weitere 42 Prozent sind überzeugt, dass die Schulen diese Herausforderung nur mit Schwierigkeiten bewältigen.

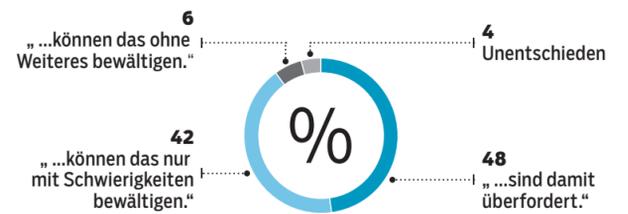
Die Angst, dass zu wenig kontrolliert wird, welche Flüchtlinge ins Land kommen, treibt 51 Prozent der Befragten um. Der gleiche Prozentsatz sorgt sich, dass die Sozialleistungen Flüchtlinge anziehen, die sonst kommen würden. Diese Kritik betrifft in erster Linie die Bundespolitik, strahlt aber auf die Bewertung der Flüchtlingspolitik des Landes aus: diese werten 27 Prozent positiv, 49 Prozent kritisch. Kretschmann hat also noch viel Arbeit vor sich.

So haben die Befragten geantwortet

1 Überforderte Schulen?

Die Sorge angesichts der Herausforderung überwiegt

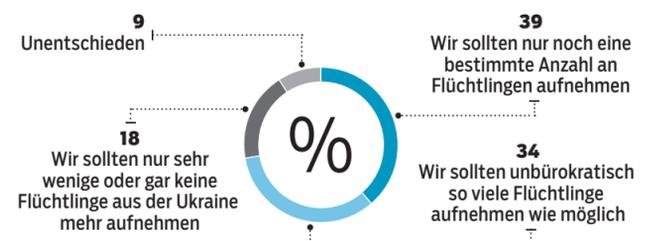
Frage: „Unter den ukrainischen Flüchtlingen, die nach Baden-Württemberg kommen, sind über 20 000 Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter. Glauben Sie, dass unsere Schulen das bewältigen können? Würden Sie sagen, die Schulen ...?“



2 Weiterhin große Aufnahmebereitschaft

Eine drastische Kurskorrektur wollen nur wenige

Frage: „Viele Flüchtlinge aus der Ukraine sind ja bereits in Deutschland, mit weiteren wird gerechnet. Wie sollte sich Deutschland bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine weiter verhalten?“



3 Geringe Skepsis bei Notunterkünften

Die Mehrheit akzeptiert Einrichtungen im eigenen Umfeld

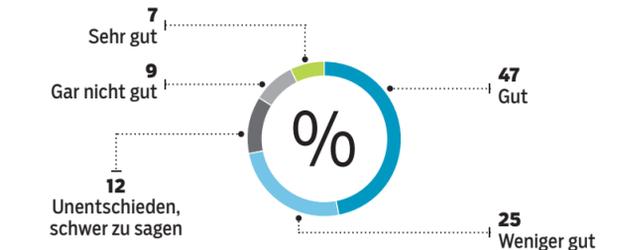
Frage: „Einmal angenommen, in Ihrer Nähe würde eine Notunterkunft für Flüchtlinge errichtet: Würde Sie das stören oder nicht?“



4 Hohe Erwartungen an Integrationschancen

Eine Mehrheit sieht gute oder sehr gute Aussichten

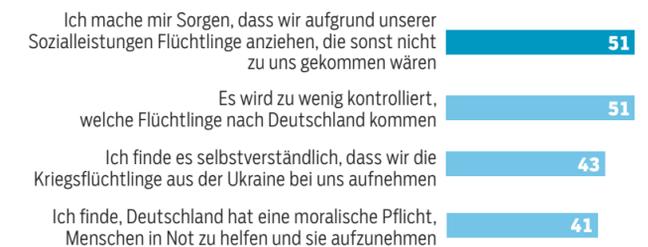
Frage: „Wie schätzen Sie ganz allgemein die Chancen ein, die Flüchtlinge aus der Ukraine in die deutsche Gesellschaft zu integrieren? Würden Sie sagen, die Chancen sind ...“



5 Viel Hilfsbereitschaft, aber auch Kritik

Aspekte der Flüchtlingspolitik werden durchaus kritisch gesehen

Frage: „Nun noch einige Fragen zu Flüchtlingen ganz allgemein: Im Folgenden ist einiges aufgeschrieben, was andere über die Flüchtlinge, die zu uns kommen, gesagt haben. Welchen dieser Aussagen würden Sie zustimmen? In Prozent“



GRAFIKEN SCHERER / QUELLE: IFD-ALLENBACH

LANDESKÖPFE

Gegen Tempo 100 auf Autobahnen

Klimaschutz ja, aber wie? Ist das bei Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) Anfang November beschlossene freiwillige Tempolimit von 100 Kilometer pro Stunde auf Autobahnen und 80 Kilometer pro Stunde auf Landstraßen ein Beitrag zum Klimaschutz oder doch nur Symbolpolitik?



Letzteres meint Heike Springhardt, die badische Landesbischofin. „Wir sollten uns nach wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren, und da sind etwa 120 bis 130 Km/h mit Blick auf die Emissionen das deutlich sinnvolle

Tempo“, sagte sie in einem Interview mit dem „Mannheimer Morgen“. Bei ihrer Entscheidung habe die EKD-Synode nicht genug deren öffentliche Wirkung abgewogen. Nach einem Vortrag der Sprecherin von „Last Generation“, Aimée van Baalen, bei der Synode war unter den Kirchenvertretern eine Debatte über die Nähe zu den Klimaaktivisten entbrannt. Springhardt äußert Verständnis für deren Motivation und wandte sich gegen deren Kriminalisierung. Einzelaktionen wolle sie aber nicht rechtfertigen. eth

Rettung für Solar-Projekt auf Baggersee?

Durmersheim. Auf einem Baggersee in Renchen liefert eine schwimmende Photovoltaikanlage seit 2019 Strom. In Durmersheim (Kreis Rastatt) ist so eine Anlage ebenfalls geplant. Allerdings soll sie dort 30 Prozent der Wasserfläche bedecken. Zulässig sind nur 15 Prozent, eine Ausnahme nicht möglich, teilte das Bundeswirtschaftsministerium mit. Um das Vorhaben zu retten, soll das Land die PV-Anlage als Forschungsprojekt zulassen, fordert die Landtags-FDP. Sie sei „viel sinnvoller als jede große Windkraftanlage“, sagte der Abgeordnete Christian Jung. eb



FOTO: BENEDEKT SPETHER/DPA

Baggersee-Pilotprojekt seit 2019: Floating-PV-Anlage bei Renchen.

Verbrechen Männerleiche entdeckt

Mannheim. Auf einer Grünfläche unweit des Mannheimer Neckarufers ist ein toter Mann gefunden worden. Weil die Leiche des 37-jährigen Verletzten aufwies, wird wegen des Verdachts eines Tötungsdelikts ermittelt. Das teilten Polizei und Staatsanwaltschaft am Mittwoch mit. Der Obduktion zufolge könnte stumpfe Gewalt seinen Tod verursacht haben. Wer den Leichnam am Samstag entdeckt hatte, wollte die Polizei aus ermittlungstaktischen Gründen nicht sagen. dpa